

Unverkäufliche Leseprobe aus:

Götz Aly

»Endlösung«

Völkerverschiebung und der Mord
an den europäischen Juden

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Inhalt

	Vorbemerkung zur Neuausgabe	9
	Vorwort von Raul Hilberg	13
	Einleitung	17
I	Judenpolitik, Krieg und Umsiedlung	
	Abschiebezonen	37
	»Ethnische Flurbereinigung«	42
	Umsiedlungskommissar Himmler	51
	Ermächtigung zum Töten	54
II	»Platzschaffen« für Volksdeutsche	
	Chronologie: September 1939–April 1940	61
III	»Himmler verschiebt die Völker ...	
	... nicht immer mit Erfolg«	91
	Räumungsbeauftragter Eichmann	98
	Blockierte Neuordnung	101
	Gaswagen und Umsiedlung	107
	Judenreservat oder Ghetto	116
IV	Perspektive »Madagaskar«	
	Chronologie: Mai–September 1940	127
V	»Heim ins Reich« – ins Lager	
	»Unmöglicher Zustand« I	145
	Deutsche aus Südosteuropa	148
	Abschieben, aber wohin?	155
	Institutionalisierung des Mordens	164
	»Judenaussiedlung – Platz für Polen«	170

VI	Scheitern eines großen Plans	
	Chronologie: 15. November 1940–15. März 1941 . . .	179
VII	Ghetto, Arbeit, »Ostraumlösung«	
	Transportsperr für »Barbarossa«	195
	»Notsiedlung« statt Germanisierung	201
	»Rasche Lösung« – nach dem Sieg	212
	Fußmarsch ins Ghetto	215
	Arbeitsunfähige Juden	222
	Sumpf, Eismeer, Sibirien	226
VIII	Vernichtungskrieg und Lebensraum	
	Chronologie: 1. Mai–31. Juli 1941	237
IX	Enttäuschte Siegesgewissheit	
	Juden in Europa und Nordafrika	249
	Heydrichs Auftrag	253
	»Unterschätzte« Rote Armee	256
	Konzentration des Volkes	259
	»Unmöglicher Zustand« II	264
X	»Die Juden müssen weg«	
	Lokale »Lösungen«	273
	Ferne »Endaufnahmepätze«	278
	Disparate Dokumente	283
	»Vorläufige Rücksichten«	289
	Aufbau der Vernichtungsmaschinerie	296
	Ein deutscher Konsens	300
XI	Elemente der Entscheidung zum Holocaust	
	Öffentliches Geheimnis	309
	Totaler Biologismus	312
	Das System Heydrich	318
	Historiker-Kontroversen	322
	Projektive Konfliktüberwindung	329

XII Nachsätze der Mörder

Anhang

Karten	348
Anmerkungen	355
Abkürzungen	419
Literatur	423
Namensregister	437
Ortsregister	443

I
Judenpolitik, Krieg und Umsiedlung

Abschiebezonen

Bis Kriegsbeginn versuchten die deutschen Behörden, den Auswanderungsdruck auf die deutschen und österreichischen Juden ständig zu erhöhen. Doch wollte die Reichsregierung die Juden nicht nur vertreiben, sondern zuvor enteignen, obwohl sich die ausländischen Regierungen zunehmend weigerten, Flüchtlinge – zumal völlig mittellose – ins Land zu lassen. Damit verbaute sie sich die Wege zur Realisierung ihres Ziels zunehmend selbst,¹ erst recht seit Beginn des deutschen Angriffskriegs gegen Polen.

In dieser Situation schwenkte Heydrich sofort um: Anstelle der Zwangsauswanderung räumte er nun der Abschiebung an den äußersten Rand des deutschen Machtbereichs Priorität ein. Das bedeutete aber, dass die Juden – wie ausgeplündert und erniedrigt sie auch immer waren – nun nicht mehr in den Hoheitsbereich eines anderen Staates gelangen konnten, sondern dem deutschen Zugriff ausgesetzt blieben.

Wenn auch indirekt, so sprach Heydrich in der Richtlinie vom 21. September 1939 deutlich von der geplanten Bildung eines Judenreservats.² Er ordnete an, die Juden einer bestimmten Region an der neuen südostpolnischen Grenze von der generellen »Konzentrierung« deshalb auszunehmen, weil dorthin alle Juden und »Zigeuner« in einen »Judenstaat unter deutscher Verwaltung« deportiert werden sollten. Am selben Tag konkretisierte er dann auch vier Ziele: »a) Juden so schnell wie möglich in die Städte, b) Juden aus dem Reich nach Polen, c) die restlichen 30000 Zigeuner auch nach Polen, d) systematische Ausschickung der Juden aus den deutschen (d.h. ehemals polnischen, G.A.) Gebieten mit Güterzügen.«³ Am 19. September hatten die Mitglieder des Ministerrats für die Reichsverteidigung unter dem Vorsitz Hermann Görings und im Beisein Heydrichs Pläne erörtert, die vermutlich über den Inhalt der zwei Tage später schriftlich fixierten Richtlinien hinausgingen, aber das Missfal-

len der Militärs hervorgerufen hatten. Im Kurzprotokoll ist »die Frage der Bevölkerung des zukünftigen polnischen Protektoratsgebietes und die Unterbringung in Deutschland lebender Juden« festgehalten.⁴ Am selben Tag sprachen Heydrich und der Generalquartiermeister des Heeres, Eduard Wagner, über die Möglichkeit, alle Juden aus Deutschland in eine entlegene Ecke des zerstückelten Polen abzuschieben.⁵ Doch schon am 22. September, also einen Tag nach Heydrichs Richtlinien zur künftigen Judenpolitik, verlangte der Oberbefehlshaber des Heeres, Walther von Brauchitsch, dass Bevölkerungsverschiebungen vorerst unterbleiben und künftig auch nicht von »zivilen Stellen« wie der SS, sondern »von militärischer Seite gesteuert« werden sollten.⁶ Angesichts des ihm bekannten Widerstands der Militärs hatte Heydrich die schriftliche Erörterung seines Plans zurückgestellt, auch die deutschen, österreichischen und tschechischen Juden in eine südöstliche oder östliche Ecke des künftigen Generalgouvernements zu deportieren. Auf Druck von Brauchitschs revidierte Himmler Heydrichs Anordnung vom 21. September am 1. Oktober. Demnach durften die SS-Einsatzgruppen vorerst »nur vorbereitende Maßnahmen« zur Konzentrierung und Deportierung der Juden »auslösen«, mit allem Weiteren mussten sie bis »zu einem späteren Zeitpunkt« warten.⁷

Der Übergang von der Militär- zur Zivilverwaltung im besetzten Polen, offiziell am 26. Oktober 1939 besiegelt, bedeutete für die Juden nichts Gutes. Denn dadurch gewann das – zivile – Reichssicherheitshauptamt erheblichen Handlungsspielraum.⁸ In den Worten Goebbels': »In Polen soll die Militärverwaltung möglichst schnell durch Zivilverwaltung abgelöst werden. Die Militärstellen sind zu weich und zu nachgiebig. Und bei den Polen wirkt nur Gewalt.«⁹

Mit Kriegsbeginn hatte sich die Judenpolitik grundlegend verändert. An die Stelle der Zwangsemigration wurde die Politik der Deportation gesetzt – genauer: der Deportationspläne. Das geschah nicht in erster Linie wegen der etwa 350 000 Juden, die damals noch in Deutschland, Österreich, Böhmen und Mähren lebten, sondern weil mit jedem militärischen und wirtschaft-

lichen Expansionsschritt immer wieder neue Juden in die deutsche Machtsphäre gerieten: nicht mehr Hunderttausende, sondern Millionen.

Zwischen September 1939 und September 1941 erweiterten die Deutschen ihren Herrschaftsbereich viermal: Der Unterwerfung und Aufteilung Polens im September 1939 folgten, abgesehen von der im Zusammenhang dieses Buches nicht wichtigen Besetzung Dänemarks und Norwegens, die Eroberung der Benelux-Staaten und Frankreichs im Frühsommer 1940, dann im Sommer 1940 die »friedliche« Unterwerfung Südosteuropas als »Wirtschaftsraum des deutschen Volkes« (abgesichert im Krieg gegen Jugoslawien und Griechenland im Frühjahr 1941) und schließlich der Krieg gegen die Sowjetunion, der vom Winter 1940/41 an vorbereitet wurde. Alle vier Expansionsschritte beeinflussten unmittelbar die Pläne zur Juden- wie zur Umsiedlungspolitik. Die Besatzungskonzepte für Polen, für Frankreich und später für die Sowjetunion glichen sich – bei aller Unterschiedlichkeit – in ihrer Anfangsphase in einem Punkt: Jedes Mal wurden die eroberten Länder dreigeteilt – in eine annektierte oder doch wenigstens zur Germanisierung vorgesehene Region, in ein Besatzungsgebiet und in eine periphere Zone minderen Interesses. Das geschah zunächst im besetzten Polen in Gestalt der eingegliederten Ostgebiete, des Generalgouvernements und des dort vorgesehenen östlichen Reservats für »Unerwünschte«; desgleichen wurden Teile Frankreichs und Belgiens sofort, wenn auch nicht de jure, von Deutschland annektiert, weitere Teile (etwa Burgund) zur Annexion vorgesehen und neben der besetzten die unbesetzte Zone geschaffen; Ähnliches galt für die Besatzungskonzeption, wie sie im Frühjahr und Sommer 1941 für die Sowjetunion entwickelt wurde.

Die Einwohner der peripheren Zonen sollten – soweit sie nicht zur Zwangsarbeit herangezogen würden – sich selbst überlassen bleiben. Ohne Verantwortung der Deutschen für den Lebensunterhalt, aber doch in dem von der Siegermacht bestimmten militärischen und polizeilichen Rahmen, sollten die Menschen dort ihr Leben unter miserablen Umständen fristen. Zusätzlich wollten

die deutschen Bevölkerungspolitiker in jene Zonen minderen Interesses »überzählige«, »lästige« und »unerwünschte« Menschen abschieben. So notierte der frühere Krupp-Direktor Wilhelm Muehlon am 19. Juli 1940 im schweizerischen Exil: »Frankreich sieht mit Schrecken und Befürchtungen das unbesetzte Gebiet, in dem sich Millionen Flüchtlinge und demobilisierte Soldaten nicht in ihre Heimat im besetzten Gebiet begeben können, durch »eine chinesische Mauer« abgeschlossen. Die Deutschen äußern sich sehr ungerührt, dass Frankreich die Folgen seiner Sünden zu tragen habe, und erinnern an die französischen Härten im Hunger leidenden Deutschland nach dem Weltkrieg.«¹⁰

Konzeptionell war die Peripherie des deutschen Imperiums immer auch als Abschiebeterritorium für Juden vorgesehen. In diesem Sinne war es folgerichtig, dass einige tausend Wiener und Stettiner Juden und mehrere zehntausend westpolnische Juden 1939/40 ins östliche Generalgouvernement abgeschoben, dass die badischen, saarpfälzischen, elsässischen und lothringischen Juden im Herbst 1940 ins unbesetzte Frankreich deportiert wurden. Solche Abschiebungen vollzogen die deutschen Ethnokraten nicht isoliert, sondern parallel zu umfangreicheren Vertreibungen bestimmter Gruppen der polnischen und französischen Bevölkerung.

Doch sowohl für das besetzte Polen als auch für das nicht besetzte Frankreich änderten die deutschen Besatzungsfunktionäre diese Konzeption sehr rasch. Sie taten dies aus ökonomischen Gründen mit dem Ziel, auch diese Regionen für die deutsche Kriegswirtschaft nutzbar zu machen. Sie verringerten so selbst die Möglichkeit zur Abschiebung und versuchten, den Interessenkonflikt – zunächst – mithilfe immer ausgreifenderer Eroberungs- und Deportationspläne zu überwinden.

Bei allem Unterschied zu Auschwitz ist festzuhalten: Jeder der deutschen Deportationspläne der Jahre 1939 bis 1941 schloss das Sterben zehntausender, später hunderttausender Menschen ein. Die Planer der Deportationen wussten sich darin einig, dass viele Juden im Zuge ihrer Umsiedlung, noch dazu unter dem Deckmantel des Krieges, durch Hunger, Zwangsarbeit, mangelhafte

medizinische Versorgung und deutsche Polizeiherrschaft elend sterben sollten. Die völlige materielle Entblößung, Wintertransporte zu Fuß oder in ungeheizten Güterwagen, schließlich die Ankunft der Transporte in unkultivierten, unfruchtbaren Regionen sollten Menschenleben erklärtermaßen nicht schonen. Am 20. November 1939 vertrat SS-Brigadeführer Schmidt gelegentlich einer Inspektionsreise des stellvertretenden Generalgouverneurs Arthur Seyß-Inquart die Meinung, ein bestimmtes ostpolnisches Gebiet eigne sich »mit seinem stark sumpfigen Charakter« als Judenreservat, weil man dort »womöglich eine starke Dezimierung der Juden herbeiführen könnte«.¹¹ Etwa zur selben Zeit bemerkte Himmler über die polnischen Juden: »Es wird höchste Zeit, dass dieses Gesindel zusammengetrieben wird, in Ghettos, und dann schleppt Seuchen hinein und lasst sie krepieren.«¹² Am 25. November 1939 erklärte Hans Frank seinen Mitarbeitern in Radom, wie er sich den vorgesehenen »großen Konzentrationsraum« vorstellte, den er »östlich der Weichsel« einrichten sollte und (damals noch) wollte: »Bei den Juden nicht viel Federlesens. Eine Freude, endlich einmal die jüdische Rasse körperlich angehen zu können. Je mehr sterben, umso besser.«¹³

Im Dezember 1939 berichtete der Referent des Deutschen Auslands-Instituts, Eduard Könekamp, aus dem besetzten Polen an seine Kollegen in Stuttgart: »Viele Deutsche sehen wohl zum ersten Mal in ihrem Leben Juden in solchen Massen. (...) Die Vernichtung dieses Untermenschentums läge im Interesse der ganzen Welt. Diese Vernichtung ist aber eines der schwierigsten Probleme. Mit Erschießung kommt man nicht durch. Auch kann man auf Frauen und Kinder nicht schießen lassen. Da und dort rechnet man mit Verlusten bei den Evakuierungstransporten, und auf dem Transport von 1000 Juden, der von Lublin aus in Marsch gesetzt wurde, seien 450 umgekommen. (...) Sämtliche mit der Judenfrage befassten Stellen sind sich über die Unzulänglichkeit all dieser Maßnahmen im Klaren. Doch ist eine Lösung des komplizierten Problems noch nicht gefunden.«¹⁴

Bereits am 24. Oktober 1939 hatte die Londoner Times berichtet und realistisch interpretiert: »In well-informed quarters in this

country the German Government's apparent intention to form a Jewish state in Poland is regarded as a remarkable example of political cynicism. (...) Herr Hitler now proposes to concentrate the 3 000 000 Jews of Poland in a state which is to be cut out of the body of Poland and will have Lublin for its centre. (...) To thrust 3 000 000 Jews, relatively few of whom are agriculturists, into the Lublin region and to force them to settle there would doom them to famine. That, perhaps, is the intention.«¹⁵

»Ethnische Flurbereinigung«

Gemessen an den Zielen scheiterten alle Deportationsprojekte. Mehr als Ansätze ihrer Pläne konnten Heydrich und Eichmann nicht verwirklichen: Statt 30 000 Sinti und Roma wurden Ende April 1941 2 800 abgeschoben; die Ghettoisierung der Juden gelang in höchst unterschiedlicher Weise;¹⁶ von den 350 000 Juden, die als Reichsjuden galten, wurden bis zum Sommer 1941 etwa 15 000 deportiert; von den 550 000 Juden, die in den eingegliederten Ostgebieten lebten, etwa 110 000.

Kaum beschlossen, stieß die im Herbst 1939 vorgesehene Vertreibung der Juden an die deutsch-sowjetische Interessengrenze nicht allein auf erhebliche technische Probleme und den zunehmenden Widerstand der deutschen Zivilverwaltung im Generalgouvernement. Sie konnte vor allem deshalb nicht realisiert werden, weil unvorhergesehene Entwicklungen die ursprüngliche Planung zunichtemachten: Sie ergaben sich aus dem Heim-ins-Reich der ethnischen Deutschen aus Osteuropa und Südtirol, zu dem sich die deutsche Führung 1939 verpflichtet hatte. Gemäß diesem Vertrag und weiterer, ähnlicher Verträge mit der Sowjetunion und Rumänien wurden in den folgenden 15 Monaten eine halbe Million sogenannter Volksdeutscher in das mithilfe von Annexionen erweiterte Großdeutsche Reich umgesiedelt. Von nun an musste für sie »Platz geschaffen werden«. Eine Aufgabe, die Heinrich Himmler, Reinhard Heydrich und bald auch Adolf Eichmann oblag. In seiner Reichstagsrede

vom 6. Oktober 1939 erklärte und begründete Hitler die neuen Zielsetzungen ethnischer Politik. Auch wenn er sie als eigenständige »wichtigste Aufgabe« propagierte, wird in dem einleitend genannten Begriff »Interessensphäre« doch der machtpolitische Hintergrund deutlich. Die bereits verabredete, aber zu diesem Zeitpunkt öffentlich noch nicht spruchreife Aussiedlung der Südtiroler versteckte Hitler hinter der Formulierung »einer weit-schauenden Ordnung des europäischen Lebens«. Wörtlich heißt es in der Rede:

»Die Ziele und Aufgaben, die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergeben, sind dabei, soweit es sich um die deutsche Interessensphäre handelt, etwa folgende:

1. die Herstellung einer Reichsgrenze, die den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht wird;

2. die Befriedung des gesamten Gebietes im Sinne der Herstellung einer tragbaren Ruhe und Ordnung;

3. die absolute Gewährleistung der Sicherheit nicht nur des Reichsgebietes, sondern der gesamten Interessenzzone;

4. die Neuordnung, der Neuaufbau des wirtschaftlichen Lebens, des Verkehrs und damit auch der kulturellen und zivilisatorischen Entwicklung;

5. als wichtigste Aufgabe aber: eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt, eine Umsiedlung der Nationalitäten, so dass sich am Abschluss der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist.

In diesem Sinne aber handelt es sich nicht nur um ein Problem, das auf den deutschen Raum beschränkt ist, sondern um eine Aufgabe, die viel weiter hinausgreift. Denn der ganze Osten und Südosten Europas ist zum Teil mit nicht haltbaren Splintern¹⁷ des deutschen Volkstums gefüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen. Im Zeitalter des Nationalitätenprinzips und des Rassegedankens ist es utopisch zu glauben, dass man diese Angehörigen eines hochwertigen Volkes ohne Weiteres assimilieren könne. Es gehört daher zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen

44 I Judenpolitik, Krieg und Umsiedlung

Lebens, hier Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen.

Deutschland und die Union der Sowjetrepubliken sind übereingekommen, sich hierbei gegenseitig zu unterstützen.«

Doch schon in dieser ersten Grundsatzerklärung wies Hitler über den Rahmen hinaus, der für ihn mit dem »Zerfall des polnischen Staates« abgesteckt war, und formulierte im zweiten Teil seiner Rede die weitergehenden Absichten für den »Raum«, der nun »westlich der deutsch-sowjetrussischen Demarkationslinie als deutsche Einflussosphäre anerkannt« sei. Dazu gehörten nach Hitler:

»1. Die Schaffung einer Reichsgrenze, die – wie schon betont – den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Bedingungen entspricht,

2. die Ordnung des gesamten Lebensraums nach Nationalitäten, d. h. eine Lösung jener Minoritätenfragen, die nicht nur diesen Raum berühren, sondern die darüber hinaus fast alle süd- und südosteuropäischen Staaten betreffen.«

Zudem kündigte Hitler an: »In diesem Zusammenhang« sei auch »der Versuch einer Ordnung und Regelung des jüdischen Problems« zu unternehmen.¹⁸

Am Tag seiner Rede, und zweifelsohne unter dem Eindruck der bereits in die Wege geleiteten Umsiedlung der Baltendeutschen, befahl Hitler ungeachtet der Tatsache, dass die genaue Grenzziehung damals noch nicht feststand, die förmliche Annexion derjenigen westpolnischen Gebiete, die »mit Deutschland vereinigt werden« sollten. Tags darauf übertrug er die praktisch-organisatorische Durchführung der »ethnischen Neuordnung«, die sich zunächst auf die bald annektierten Regionen Westpolens beschränkte, in aller Form auf Heinrich Himmler. Der legte sich den Titel Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) zu und gründete unter derselben Bezeichnung eine Behörde, die die bevölkerungspolitische Aufgabe vorbereiten und in die Tat umsetzen sollte.¹⁹ Zugleich arbeiteten die Diplomaten des Auswärtigen Amtes fieberhaft an den Umsiedlungsverträgen

mit den nur noch formal selbständigen baltischen Republiken, mit der Sowjetunion und Italien.

Hitlers bevölkerungspolitische Absichtserklärung vom 6. Oktober hatte die Juden- und Volkstumsreferenten des Reichssicherheitshauptamts überrascht. Zwei Tage vor der Unterzeichnung des »Vertraulichen Protokolls« zum deutsch-sowjetischen Vertrag hatte Himmler den Landesleiter der Lettlanddeutschen, Erhard Kroeger, am 26. September empfangen und ihn über das bevorstehende machtpolitische Arrangement zwischen Deutschland und der UdSSR unterrichtet. Zu diesem Zeitpunkt war sicher, dass Lettland und Estland an die Sowjetunion fallen würden. Noch dachte Himmler nicht an eine Aussiedlung aller Baltendeutschen. Er beabsichtigte, lediglich einen Kreis »unmittelbar gefährdeter Deutscher« – aktive Nazis und »Volkstums-kämpfer« – in Sicherheit zu bringen. Auch wollte er »gern wehrfähige junge Baltendeutsche in die Waffen-SS übernehmen«. Es war Kroeger, der Himmler ausmalte, wie lebendig die Angst vor dem Bolschewismus in Riga sei, wie gut sich die Deutschen dort an das Massaker vom 22. Mai 1919 erinnerten, »das die abziehenden Bolschewisten noch in letzter Stunde verübt hatten«. Kroeger »schloss mit der Versicherung, dass der allergrößte Teil des baltischen Deutschtums unter bolschewistischer Besetzung im höchsten Maße als bedroht angesehen werden müsse. (...) Keine Volkstumsführung könne es verantworten, einen Teil, wie groß oder wie klein auch immer, als ungefährdet zu bezeichnen und von der Ausreise auszuschließen.«

Himmler versprach, Hitler in der kommenden Nacht zu informieren. Die Entscheidung fiel ad hoc, ohne Vorbereitung so, wie Kroeger sie vorgeschlagen hatte. Allerdings knüpfte Hitler – aus machtpolitischen und militärischen Erwägungen – seine Zustimmung daran, »dass sich die ganze Aktion im Einvernehmen mit der Sowjetregierung vollziehe«. Weiter stand für Himmler bereits an diesem Morgen des 27. September fest: Nach Lage der Dinge komme »nur eine Ansiedlung in den neu zum Reich kommenden Gebieten des bisherigen polnischen Staates in Frage«. ²⁰